

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band: 28 (1978)
Heft: 4

Vereinsnachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ALLGEMEINE GESCHICHTSFORSCHENDE
GESELLSCHAFT DER SCHWEIZ
SOCIÉTÉ GÉNÉRALE SUISSE D'HISTOIRE

SCHWEIZER HOCHSCHULTAG
20. MAI 1978 IN ZÜRICH

Die AGGS veranstaltete am Samstag, den 20. Mai 1978, den Universitätstag der Historischen Seminare der Schweizer Hochschulen in Zürich. Diesen Universitätstag, über den im Bulletin Nr. 4 der AGGS weitere Nachrichten zu finden sind, eröffnete der Präsident der AGGS, Prof. Andreas Staehelin aus Basel, mit einem Hinweis auf das Fehlen einer «Hauptstadt der Lehre und Forschung» in der Schweiz, auch wenn die Zahl der Forschungsstellen gerade in Zürich bedeutsam ist. Prof. Rudolf von Albertini begrüßte die Gäste im Namen des Historischen Seminars, dessen Vorsteher, Prof. Carsten Goehrke, den wissenschaftlichen Teil des Historikertags mit seinem Vortrag über «Strömungen in der sowjetischen Historiographie der Gegenwart» einleitete.

Neue Strömungen traten in den Jahren 1964 bis 1970 hervor, ohne dass im «Westen» dieser Zeitabschnitt besondere Beachtung fand, in dem die überlieferten marxistischen Theorien offener diskutiert wurden, allerdings ohne den marxistischen Ansatz aufzugeben. Die marxistischen Geschichtsforscher wollten nicht einsehen, dass Geschichte nicht als exakte Wissenschaft behandelt werden dürfe. Dennoch war in den zur Diskussion gestellten Jahren das alte, von Stalin geschaffene Fünf-Stadien-Schema überwunden worden. Als sich aber eine Neuinterpretation der Oktober-Revolution mit stärkerer Betonung der Rolle der Bauern (statt der Arbeiter) anbahnte, schritt die Partei ein und befahl die Rückkehr zur tradierten revolutionären Geschichtsschreibung.

Am Nachmittag gliederte man sich in Gruppen, über deren Arbeit folgende Berichte eintrafen:

*Arbeitsgruppe: «Inventarisierung ländlicher Wirtschaftsquellen
des Spätmittelalters»*

Am Historischen Seminar der Universität Zürich läuft seit 1976 ein Projekt zur Erstellung eines systematischen, beschreibenden Inventars der in ostschweizerischen Archiven vorhandenen ländlichen Wirtschaftsquellen (Urbaren, Zehntverzeichnisse usw.) aus der Zeit vor 1450; bearbeitet sind bisher die Bestände der zürcherischen Archive. Neben dem Hauptziel, ein brauchbares Arbeitsinstrument für die Intensivierung landesgeschichtlicher Forschung (unter allen Aspekten) zu erstellen, ist es ein ebenfalls sehr wichtiges Anliegen, die Grundlagen für eine gezielte Wiederaufnahme bzw. Weiterführung der Editionstätigkeit in diesem Bereich zu erarbeiten. Das Projekt steht unter der Aufsicht von Prof. Dr. H. C. Peyer, die Durchführung liegt bei Dr. R. Sablonier und cand. phil. K. Wanner.

Die lebhaft geführte Diskussion ergab einige sehr wichtige Anregungen und Hinweise, vor allem im Hinblick auf die Gestaltung für einen breiteren Benützerkreis und die Probleme einer regionalen Beschränkung. Die Nützlichkeit des Vorhabens blieb unbestritten; z. T. sicher berechtigte Zweifel an der Durchführbarkeit (innert nützlicher Frist) konnten mit dem Hinweis auf die vorläufig sehr bescheidenen Zielsetzungen des Projekts zerstreut werden. Vergebliche Mühe: Zwei Tage nach dem Universitätstag erhielten wir den Bescheid, dass der dafür notwendige Sonderkredit ab 1979 nicht mehr zur Verfügung steht. Die Fortführung der Arbeiten über 1978 hinaus ist also nicht gesichert.

Roger Sablonier

*Arbeitsgruppe: «Zehn Jahre Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Solddienstes –
Rückblick und Ausblick eines Forschungsprojektes»*

Ausgangspunkt der Gruppenarbeit bildete ein Referat von Prof. Dr. H. C. Peyer. Im Zentrum der Ausführungen über den schweizerischen Solddienst als Forschungsproblem standen drei auf den Ergebnissen der neuesten Zürcher Dissertationen zu diesem Problemkreis basierende Berechnungen zur Rolle des Solddienstes in demographischer Hinsicht, zur Soldentwicklung im Vergleich mit der Lohnentwicklung in anderen Erwerbszweigen und zum Anteil des Solddiensteinkommens am Volkseinkommen. Trotz der vom Referenten betonten «Abenteuerlichkeit» dieser Schätzungen war ihre tendenzielle Übereinstimmung frappant: Für den Anteil der ständig in fremden Diensten weilenden Söldner um 1400 ergaben sich 3–5% der Gesamtbevölkerung; um 1790 noch 1–2%. Der Vergleich des durchschnittlichen Monatsoldes mit dem Monatslohn eines Zürcher Maurergesellen ergab für die Zeit um 1400 ein Verhältnis von ca. 9 : 5; für die Zeit um 1790 ca. 12–18 : 38. Und die Schätzung des Anteils des Soldeinkommens am Volkseinkommen ergab für die Zeit um 1500 ca. 3–6%; für die Zeit um 1700 nur noch ca. 0,8%.

Von diesen Überlegungen her ergab sich auch die Fragwürdigkeit der zwar verbreiteten, aber nie stringent bewiesenen These, dass hauptsächlich die Topographie und der Industrialisierungsgrad bestimmter Gebiete die Abwanderung in fremde Dienste förderten resp. hemmten, eine These, die mindestens für das 18. Jahrhundert widerlegt werden kann. Vielmehr scheint die wachsende Diskrepanz zwischen ausländischen Soldansätzen und heimischen Löhnen sowie der relative Rückgang des Soldes im 18. Jahrhundert eine wesentliche – bis heute unterschätzte – Rolle gespielt zu haben.

Die lebhafte Diskussion, die sich an das Referat von Prof. Peyer anschloss, brachte wertvolle Ergänzungen; eine knappe Auswahl soll hier resümiert werden:

1. Auch für das Waadtland gilt, dass es zwar ausgesprochene Solddienstgebiete gab, dass diese Gebiete jedoch keineswegs ausschliesslich im Gebirge lagen oder durchwegs nur schwach industrialisiert gewesen wären. Wichtiger als Topographie und Industrialisierungsgrad scheinen die persönlichen und vor allem die familiären Beziehungen gewesen zu sein (Vater – Sohn, Dorfgenossen, Klientelen).
2. Als eines der schwierigsten Probleme wurde die Berechnung des von den Söldnern in die Heimat gebrachten Vermögens erkannt; insbesondere die Berechnung des in manchen Fällen nicht geringen Anteils an Beutegut.
3. Die zwischen 1400 und 1790 wachsende Diskrepanz zwischen Sold- und Lohnansätzen rief der Frage, ob auch die Unternehmergewinne entsprechend stagniert hätten.
4. Die Offizierseliquen in den Räten waren im 17. Jahrhundert mächtig, ab Mitte 18. Jahrhundert aber weniger wegen eines besonders grossen politischen Einflusses ernst zu nehmen, als vielmehr als Element der Unzufriedenheit, dem durch eine entsprechende Beschäftigungstherapie Rechnung getragen wurde.
4. Die Frage, was aus den im Solddienstland sich niederlassenden Söldnern wurde, lässt sich für Frankreich wie folgt beantworten: Die Schweizeröldner blieben «Schweizer», wobei ihre Söhne oft wieder in Schweizerregimenten eintraten; z. T. wurden die in der Heimat erlernten Handwerke auch in der Fremde ausgeübt.

Friedrich Walter

Arbeitsgruppe: «Kulturkampf in der Schweiz»

In einem einleitenden Referat gab Prof. Dr. Peter Stadler einen Abriss der Geschichte des Kulturkampfes in der Schweiz. Er wies darauf hin, dass wohl Einzeluntersuchungen zu diesem Thema vorliegen, dass aber bis heute keine Gesamtdarstellung existiert. Der Referent betonte die Notwendigkeit der noch zu leistenden Einzelarbeiten und wies auf seine eigenen, noch nicht abgeschlossenen Recherchen in in- und ausländischen Archiven hin. Obwohl sich in Zürich kein eigentliches Forschungszentrum zur systematischen Un-

tersuchung der Kulturkampfproblematik herausgebildet hat, sind doch Seminarübungen abgehalten worden und Lizentiatsarbeiten im Entstehen bzw. bereits abgeschlossen.

In seinen Ausführungen beschrieb Prof. Stadler den Weg des sich von der katholischen Kirche emanzipierenden «christlichen Staates» zur modernen säkularisierten Gesellschaft als Phänomen des 19. Jahrhunderts. Obwohl sich im schweizerischen Kulturkampf Analogien zu den Vorgängen in Deutschland, vor allem in Preussen, nachweisen lassen, zeigt diese doch spezifisch schweizerische Eigenheiten, die sehr eng mit der föderalistischen Struktur der Eidgenossenschaft zusammenhängen. Die Bundesverfassung von 1848 wurde von den Besiegten des Sonderbundkrieges als Repression empfunden, vornehmlich wegen der Aufnahme des Jesuitenartikels, der nicht mehr gewährten Klostersgarantie und der Niederlassungsfreiheit. Diese kirchenpolitischen Spannungen wurden durch das Erste Vatikanum verstärkt. Zum eigentlichen Kampf aber kam es erst durch die Zugriffe radikaler Kantonsregierungen, und dies nur in einigen Kantonen. Die Diskussion um die Verfassungsrevision in den Jahren nach 1870 trug wesentlich zur Verschärfung des Kampfes bei. Die Errichtung einer liberalen Gegenkirche, die vielleicht die Widerstandskraft der katholischen Kirche hätte brechen können, scheiterte letztlich am mangelnden Rückhalt in der Bevölkerung. In der innerkatholischen Auseinandersetzung ging der römische Katholizismus kirchlich und politisch gestärkt aus dem Ringen hervor, wenngleich sich die Bundesrevision und die Demokratisierung der Kirchenordnung nicht verhindern liessen. Der Kulturkampf als letzte prinzipielle Auseinandersetzung konfessioneller Art führte wie in der Schweiz, so auch in andern Ländern zur Emanzipation sowohl der Kirche als auch des Staates: dieser verlor seine Hüterfunktion, jene die Wahrung ihrer traditionellen Freiheit innerhalb des Staates.

Im Anschluss daran sprach lic. phil. Werner Humbel, der zurzeit an einer Dissertation über den Kulturkampf im Berner Jura arbeitet, zum Thema: «Höhepunkte des Berner Kulturkampfes und Wahlergebnisse in den katholischen jurassischen Amtsbezirken». Im Mittelpunkt dieses Kurzreferates standen die Grossratswahlen von 1874, welche eine deutliche Verschiebung der Ratssitze zugunsten der römisch-katholischen Partei als Reaktion auf die bernische Kirchenpolitik brachten. Diese Wahlergebnisse sind als unmissverständliche Demonstration des jurassischen römischen Katholizismus zu werten, führten aber keine deutliche Wende im Kirchenkonflikt herbei, sondern bedeuteten lediglich Rückenstärkung für die Konservativen gegenüber der konfessionell und politisch andersdenkenden Seite.

Alsdann sprach Dr. Rolf Soland, der eine noch ungedruckte Dissertation über «Josef Leonz Eder und die Entstehung der thurgauischen Regenerationsverfassung» geschrieben hat, zum Thema: «Kulturkampf im Thurgau». Im Gegensatz zum Kulturkampf im Berner Jura verlief die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche im Thurgau nach den Ausführungen von Rolf Soland als Kampf zwischen Regierung und konfessionellen Behörden. Die

liberale Regierung begegnete den konservativen Katholiken unter Beihilfe des Grossen Rates, dessen katholische Mitglieder mehrheitlich liberal waren, mit strengen Massregelungen. Letztlich führten diese zur Resignation der regierungsfeindlichen Katholiken – nicht zuletzt dank der kulturkämpferischen Unterstützung des Bundesrates.

In der anschliessenden Diskussion wurde betont, dass die Auseinandersetzung zwischen liberalen und konservativen Strömungen innerhalb des romtreuen Katholizismus stärker berücksichtigt werden müsste, so speziell in der Innerschweiz. Besonders erwähnt wurde die Stellung Solothurns innerhalb der Kulturkampfkantone. Infolge der fortgeschrittenen Industrialisierung bestand hier – im Unterschied zu den andern katholischen Kantonen – eine auch ideologisch andere Ausgangssituation für die innerkatholische Auseinandersetzung. Während in der Innerschweiz der politische Freisinn romtreu blieb, wurde in Solothurn der Schritt auch zum religiös-weltanschaulichen Liberalismus vollzogen. Innerhalb des Kantons machte sich der Gegensatz zwischen dem Bischofssitz Solothurn und den andern Orten, vornehmlich der Stadt Olten, bemerkbar. Im weiteren wurde darauf hingewiesen, dass der Kulturkampf vor allem im Bereich der Sozial- und Frömmigkeitsgeschichte noch weitgehend unerforscht ist. Insbesondere das Verhältnis von Stadt und Land und die damit verbundenen Mentalitätsstrukturen sind noch weitgehend unberücksichtigt geblieben.

Silvia Herkenrath